



Mildbader Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inverdeutschland monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Verlags- und Anzeigeramt: J. G. Müller, Wildbad.

Nummer 55

Februar 479

Montag, den 7. März 1932

Februar 479

67. Jahrgang.

Krisen-Haushalt

Wir stehen rund vier Wochen vor Beginn des neuen Haushaltsjahres, des schwersten und ungewissesten wahrscheinlich, das uns die Finanzgeschichte der letzten Jahrzehnte diktieren wird. Ungewiß noch immer deshalb, weil einstweilen noch nicht abzusehen ist, wie lang und scharf die beiden Flügel der Schere noch werden wollen, zwischen die wir seit langem geraten sind. Die Steuererinnahmen des Reichs und der Länder sind noch immer erschreckend rückläufig. Erst im kommenden Herbst vielleicht werden wir einigermaßen übersehen, wie der Verfall der Wertpapiere, der Bar- und Grundvermögen, der Lohn- und Gehaltsrückgang, die Arbeitslosigkeit schließlich den Grund der Staatseinnahmen zerstört haben. Gleichzeitig sind in den letzten Monaten die offenen und versteckten Wohlfahrtsausgaben, die Zuschüsse zur Krisen- und Arbeitslosenfürsorge der bestimmende Faktor auf der Ausgabenseite in jedem Haushaltsplan geworden, der fast durchweg ein Fünftel bis ein Sechstel der ganzen eingehenden Staatsgelder beherrscht.

Wohlfahrt und Erwerbslosigkeit bilden den eisernen Kern auf der Ausgabenseite. Was die fragwürdigen Einnahmen dann noch gestatten, zuzuwenden oder auszugeben, das muß anteilmäßig den übrigen Ressorts nach dem Grad ihrer Dringlichkeit zufallen. Diese Methode hat die Grundlage des ganzen Haushaltrechts, das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen, bedenklich angegriffen. Preußen hat eben noch — abgesehen von der rückwärtslosen Kürzung seiner Ausgaben um etwa 800 Millionen, die es für 1932 vorgenommen hat — mit einem Reich ein Sondergeschäft abgeschlossen, indem es seine Anteile an der Siedlungsbank und an der Landesrentenbank für eine Ausgleichszahlung von 100 Millionen an das Reich abgegeben hat. Andere Länder haben solche Möglichkeiten nicht. Ein planloser Ausverkauf müßte sich auch nach Jahren bitter rächen. Immerhin werden die Länder manchen Realbeistand heute wieder erwerben müssen trotz der Ungunst der allgemeinen Bewertung, wie heute jeder Privatmann es tun muß, wenn er seinen Betrieb über die Krise hinwegbringen will. Die Frage der staatlichen oder städtischen Werke, des kommunalen Grundbesitzes wird daher überall in diesen Wochen wieder neu durchgesprochen, weil die Länder in dem Abbau ihrer Ausgaben heute an einen wirklich kritischen Punkt gekommen sind. Was insbesondere die sachlichen Ausgaben angeht, so sind sie so weit heruntergefallen, daß man sich nur schwer vorstellen kann, wie und wo noch Quellen der Sparsamkeit aufzuschließen wären. Gebaut und repariert wird z. B. vom Staat überhaupt nicht mehr.

Eins betrifft in erster Linie die Länder. Mit Steuererhöhungen ist es heute Schluss. Wenn nicht schon allgemeine wirtschaftliche Erwägungen dagegen sprächen, so müßte die politische Streikwelle, die augenblicklich den ganzen gewerblichen Mittelstand erfasst hat, jeder derartigen Erwägung in den einzelnen Finanzministerien den Rest geben.

Da es heute unter den gegebenen Verhältnissen äußerst schwierig ist, einen Haushaltsplan für 12 Monate aufzustellen — im Reichshaushaltplan für 1932 hat man sich betamelnd um etwa eine Milliarde verrechnet — so wird von sachmännischer Seite wenigstens für die Länder vorgeschlagen, die Pläne nur noch für etwa drei Monate aufzustellen, da namentlich die Hauptposten, die Steuerüberweisungen des Reichs an die Länder und Gemeinden, ganz unsicher, vielleicht sogar überhaupt fragwürdig geworden seien. Freilich haben solche Kurzpläne auch ihr sehr Bedenkliches, und sie wären ein sehr schlimmes Zeichen.

Offener Brief Gröners an Hitler

Berlin, 6. März. Reichsinnenminister Gröner nimmt in einem Offenen Brief an Adolf Hitler Bezug auf die Tatsache, daß Hitler am 28. Februar Vertreter der ausländischen Presse über einen Brief Hillers an den Reichspräsidenten v. Hindenburg unterrichtet hat, bevor dieser Brief in die Hand des Reichspräsidenten gelangt sein konnte. Die Würde des deutschen Staatsoberhauptes, schreibt der Minister, gebietet, die persönliche Verantwortung eines Schreibens zu verweigern, das nur formell an seine Adresse gerichtet war, praktisch aber einer an das Ausland gerichteten Propaganda dienen sollte.

Hitler habe den Reichspräsidenten ersucht, in die Maßnahmen einzugreifen, die die Reichs- und Länderregierungen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während des Wahlkampfes treffen und dabei an die Grundzüge der Milderlichkeit erinnert. Er (der Minister) hätte erwartet, daß die persönliche Behandlung, die Hitler noch vor wenigen Monaten durch den Herrn Reichspräsidenten zuteil geworden sei, an den Methoden von Hitlers Wahlpropaganda nicht spurlos vorübergehen würde.

Tagespiegel.

Der Reichspräsident empfing am Samstag vormittag den Botschafter Nudolin zur Berichterstattung über die Abrüstungskonferenz.

Die Verordnung über den Ober-(Höchst-)Lohn soll am Montag veröffentlicht werden.

In Breslau sind zahlreiche Mitglieder der Wirtschaftspartei zur Deutschnationalen Volkspartei übergetreten.

Die Völkerverbändeversammlung hat eine Entschließung angenommen, die die japanische Regierung ersucht, die Feindseligkeiten sofort einstellen zu lassen und ein dahinzuleitendes beiderseitiges Abkommen mit Zurückziehung der japanischen Truppen abzuschließen. Der japanische Vertreter Sato wollte Einspruch erheben, zog aber einen Gegenantrag zurück, da die Stimmung sehr gegen Japan war.

Am kommenden Freitag wird Ministerpräsident Lardieu vor dem Auswärtigen Ausschuss des französischen Senats über die französische Außenpolitik und die Lage in Genf sprechen.

Die Moskauer „Pravda“ meldet, die Moskauer Regierung besitze japanische Schriftstücke, wonach Japan sich rüste, mit Hilfe russischer Weißgardisten sich Wladivostok und der anliegenden Küste zu bemächtigen.

Der Lappo-Putsch in Finnland kann als gescheitert gelten. Die Führer sollen zur Verantwortung gezogen werden.

Zu den verschiedenen Beschwerden Hitlers in seinem Brief an Hindenburg bemerkt der Minister: Wahlfreiheit bedeutet nicht einen Freibrief für alle Ausschreitungen im politischen Kampf. Wenn Hitler den Schutz des Reichspräsidenten gegen den sozialdemokratischen Wahlausruf verlange, in dem die Befürchtung ausgesprochen wird, daß Hitlers Wahl Krieg und Bürgerkrieg und die Vernichtung aller staatsbürgerlichen Freiheiten zur Folge haben könne, so könne man beim Vergleich mit den Aufrufen und Kundgebungen der NSDAP sich nur über die gezeigte Empfindlichkeit verwundern. Für Hitler gäbe es ein einziges Mittel, sich selbst gegen solche „Befürchtungen“ zu wahren — nämlich die klare Hervorhebung seiner positiven Ziele.

Auf Grund der vorgelegten Bescheinigung der österreichischen Behörde in Linz sei die Behauptung, Hitler sei österreichischer „Deserteur“ gewesen, als unrichtig zu bezeichnen. Es sei aber festzustellen, daß in der nationalsozialistischen Werbung die Persönlichkeit des Reichspräsidenten immer wieder durch eine völlig entstellte Darstellung der Träger seiner Kandidatur herabzusetzen versucht werde.

Man müsse vielmehr feststellen, daß Hindenburg nicht „der Kandidat Crippiens“ oder einer Partei, sondern der Kandidat von Millionen deutschen Arbeitern genau so wie von Millionen deutschen Volksgenossen in anderen Ständen sei.

Es widerspreche deutschen Gepflogenheiten, Männer, die ein langes Leben an der positiven Entwicklung der deutschen Geschichte mitgewirkt haben, ohne weiteres mit denen auf eine Stufe zu stellen, die den Beweis ihrer historischen Bedeutung erst erbringen wollen. Als Reichsinnenminister werde er dafür sorgen, daß niemand in seiner freien Entschiedenheit bei der Wahl gehindert werde. Aber er betrachte es als seine Pflicht als Staatsdiener, sich schützend vor die Person des amtierenden Reichspräsidenten zu stellen und als seine Ehrenpflicht als alter Soldat, über die Ehre und Ansehen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu wachen. In diesem Geist werde er die gesetzlichen Bestimmungen auch im Wahlkampf handhaben.

Rundgebung „Schwarz-Weiß-Rot“

Berlin, 6. März. Im Sportpalast und in der „Neuen Welt“ fanden große Wahlkundgebungen des „Kampfbundes Schwarz-Weiß-Rot“ statt. Dr. Hugenberg sprach über das Thema „Nationalismus, nicht Sozialismus“. Es gelte vor allem, dem unheilvollen Einfluß des Marxismus unbeeugsamem Nationalismus entgegenzusetzen.

Wir wollen das System, das uns zurunde gerichtet hat, anformen und mit Mitteln füllen, mit denen sein unerbittlicher Sturz nicht in einem ungezügelter Augenblick auch das noch mit sich reißen und entzwei schlägt, was noch aufrecht steht. Aber gestürzt werden muß und wird es.

Von stürmischem Beifall begrüßt, ergriff Duesterberg das Wort. Angesichts unserer innen- und außenpolitischen Not, so führte er u. a. aus, fühle ich mich verpflichtet, noch einmal zu erklären, daß ich den Wahlkampf ungeachtet aller Angriffe und öffentlichen Verleumdungen ritterlich führen werde.

jetzt 90 u. 45 Pf. Woburn wirkt wie gurgeln Erkältungen vor!

Duesterberg gab dann einen Ueberblick über das innen- und außenpolitische Schicksal Deutschlands in der Zeit seit dem Weltkrieg und der Revolution. Es handle sich für ihn um keine Zahl, sondern um eine Ueberzeugungssache. Die Zahl der Gegner und Feinde habe ihn nie abgehalten, für seine Ueberzeugung zu streiten. Es gebe um Deutschland, das endlich eine feste und entschlossene Führung brauche, wenn es nicht zugrunde gehen soll. Unsere Zukunft fordert im Reich und in den Ländern Regierungen, die von heftigster Vaterlandsliebe und mutigstem Bekenntnis zum Deutschtum und Christentum, zum sozialen Denken und Handeln erfüllt sind. Hier dürfe es keine Kompromisse mehr geben.

Der Krieg in Ostasien

Japanische Verstärkungen in Shanghai

Shanghai, 6. März. Die japanische Truppenverstärkung von 10 000 Mann, die bei Luoch und Wujung gelandet worden war, ist in Shanghai eingetroffen. Dadurch erhöht sich die Zahl der japanischen Streitkräfte auf 55 000 Mann. Das japanische Hauptquartier behauptet, an der Front herrsche Ruhe.

Das chinesische Hauptquartier meldet, daß entgegen den amtlichen japanischen Behauptungen die militärischen Bewegungen andauern. Die neuen japanischen Verstärkungen verhalten sich ruhig, die linke Flanke der Chinesen zu umgehen und dadurch die chinesische Verteidigungslinie zu zerstören. Die Chinesen melden die Wiedereinnahme der Stadt Luoh, die vor zwei Tagen von den Japanern besetzt worden war. Die Einnahme sei durch die Mustertuppen des neu eingetroffenen christlichen Generals Feng durchgeführt worden, der auch die Japaner aus ihrem Hauptquartier in Sching vertrieben habe.

Die Kuomintang beschließt gleichfalls Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion

Moskau, 6. März. Nachdem der Außenausschuss der chinesischen Nationalregierung in Nanking beschloffen hatte, die seit 1929 abgebrochenen Beziehungen zur Sowjetunion wieder aufzunehmen, hat nunmehr nach einer Meldung der Moskauer Blätter aus Shanghai auch die Kuomintang in einer Vollversammlung die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion beschlossen.

Der Hauptausschuss des Völkerverbundes setzte am Samstag vormittag die Beratungen über den Streit in China fort. Die Vertreter Japans und Chinas beschuldigen sich gegenseitig der falschen Darstellung. Der Vorsitzende Hymans machte dem Wortwechsel mit der Bemerkung ein Ende, daß die Verhandlungen nutzlos seien, solange die neutralen Berichte noch nicht vorliegen.

Neue Nachrichten

Dr. Kaas stellt Strafantrag

Trier, 6. März. Der Gau Koblenz-Trier der NSDAP hatte im Wahlkampf auf Postkarten eine photographische Nachbildung des Telegramms hergestellt, mit dem seinerzeit der Zentrumsführer Dr. Kaas die „Neue Rheinische Republik“ beglückwünscht hatte. Auf der Karte war vermerkt, wie die „Germania“ berichtet: „Das Kaas-Telegramm enthält das verräterische Treiben des separatistischen (sonderbündlerischen) Zentrumsführers und seiner Partei.“ Prälat Dr. Kaas hat nun nach der „Germania“ bei der Staatsanwaltschaft Trier Strafantrag gestellt. Auf Grund einer von der Zentrumsparlei und Dr. Kaas erwirkten einstweiligen Verfügung hat die Polizei die Karten beschlagnahmt.

Lardieu verbietet

Paris, 6. März. Im Kammerausschuss für Auswärtiges erklärte Lardieu, er werde auf der Abrüstungskonferenz weder einer allgemeinen Abrüstung zustimmen, noch einen Ausgleich der sichtbaren Bewaffnung annehmen, die geradezu eine „Prämie für den Beirug“ sowohl hinsichtlich der Anzahl wie des „Kriegspotentials“ (der schlummernden Möglichkeiten für rasche Kriegsrüstung, wie z. B. durch die hochentwickelte deutsche Industrie) darstellen würde. Von einer Wiederaufrüstung irgendeines Landes (Deutschland), ganz gleich unter welchen Umständen oder Vorwänden, könne niemals die Rede sein.

Pädagogische Akademie Kiel bleibt

Berlin, 6. März. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, daß die Pädagogische Akademie in Kiel ihre

Arbeit nicht einstelle, sondern in ihrem bisherigem Umfang erhalten bleibe. Damit erhöht sich die Zahl der erhaltenen Kandidaten auf sieben, nämlich: vier evangelische, eine simulant und zwei katholische.

Der norwegische Ministerpräsident gestorben

Oslo, 5. März. Ministerpräsident Kolstad ist heute nach längerer Krankheit gestorben. Er war seit dem 11. Mai 1931 im Amt, in das er aus dem Posten eines Präsidenten des Adelskongressen berufen worden war. Seit der 1. Febr. dieses Jahres lag er im Krankenhaus.

Anschlag auf den deutschen Botschaftsrat in Moskau

Moskau, 6. März. Als der Botschaftsrat v. Ewardowski am Samstag nachmittags 2 Uhr in dem mit der deutschen Flagge versehenen Auto die deutsche Botschaft verließ, gab der 28jährige Student Juda Mitronowitsch Stern, der am Tor der Botschaft gewartet hatte, einen Schuß auf den Botschaftsrat ab. Ewardowski beugte sofort den Kopf und hielt die Hand vor, als er den Anschlag bemerkte; dadurch wurde er nur an der Hand verwundet. Er wurde ins Kremlhospital gebracht. Stern wurde festgenommen.

Eingaben im Finanzausschuß

Stuttgart, 5. März.

Eine Eingabe des Württ. Gemeindetags behandelt das Ausbleiben von Staatsbeiträgen zum Straßenbau. Berichterstatter ist der Abg. Winkler (Soz.). Der Staat erklärt, daß infolge eines geringeren Ertrags der Kraftfahrzeugsteuer die in Aussicht gestellten Beträge nicht geleistet werden konnten. Präsident Euting teilt mit, daß auf das Jahr 1929 Teilzahlungen geleistet wurden und daß voraussichtlich in den nächsten Wochen die Restzahlungen für 1929 geleistet werden. Für 1930 und 1931 wurden den Gemeinden feste Zusagen nicht gegeben, vielmehr die Gemeinden oft gewarnt und ihnen das Nichtvorhandensein entsprechender Mittel mitgeteilt. Annahme findet ein Antrag Winkler, das Staatsministerium zu ersuchen, die rückständigen Staatsbeiträge für Straßenbauten der Gemeinden und Amtskörperschaften in möglicher Bälde auszubehalten und hierdurch die Eingabe des Gemeindetags vom 12. Febr. 1932 für erledigt zu erklären.

Ueber die Eingaben der Gemeinden von Landen bei Stuttgart um einen Staatszuschuß für Wohlfahrts-erwerbslose und Lützenhard M. Horb um Gewährung einer Staatsbeihilfe berichtet Abg. Kühle (Z.). Beide Gemeinden befinden sich in schwieriger Lage. Mit zur Beratung stehen die Anträge Schneck (Komm.) über die Notie von Gemeinden mit ausgesprochener Heimarbeiterbevölkerung, Antrag Bollmer (Komm.) über Mindeststrichhöhe der Gemeinden für ausgesteuerte Erwerbslose, Antrag Weimer (Soz.) über die Unterstützung von wirtschaftlich schwachen Gemeinden, die nicht in der Lage sind, die Wohlfahrts-erwerbslosen zu unterstützen.

Ministerialrat Schmid machte Mitteilung über den Stand der Wohlfahrts-erwerbslosen, der jeden Monat steigt. In runden Zahlen war der Stand am 31. Jan. 1932 folgender: Im Reich 1,9 Mill., Württemberg 20 000, Baden über 40 000. Auf je 1000 Einwohner entfallen Wohlfahrts-erwerbslose: im Reich 30, Württemberg 7,8, Baden 16,5. Von den 20 000 Wohlfahrts-erwerbslosen in Württemberg entfallen 40 Prozent auf Stuttgart. Die Hauptlast tragen die größeren Gemeinden, 20 Prozent sind als Fürsorge- und Notstandsarbeiter beschäftigt, 10 Prozent der Wohlfahrts-erwerbslosen sind Jugendliche unter 21 Jahren. Württemberg hat aus den besonderen Mitteln des Reichs nur 22 000 Mark erhalten, statt den Betrag von 2,5 Millionen. Das Reich habe hier für die Verteilung einen „anderen Schlüssel“ als die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen oder den Bevölkerungsanteil zugrunde gelegt. Bei der Verteilung der Mittel aus dem Ausgleichsstock wurden die Verhältnisse der Gemeinden auf dem Gebiet der Fürsorge für die Arbeitslosen weitmöglichst berücksichtigt.

Ein Redner des Zentrums führt aus, daß das Zentrum zustimme, den von der Arbeitslosigkeit besonders hart betroffenen Gemeinden zu helfen. Die Regierung habe in anerkennenswerter Weise versucht, ausgleichend bei der Verteilung der Mittel aus dem Ausgleichsstock zu helfen. Die Grenze bestehe nur in den überhaupt zur Verfügung stehenden Mitteln. Der Antrag der Sozialdemokratie erwecke Hoffnungen, die bei der ungünstigen Finanz- und Wirtschaftslage jetzt weder auf dem Anleihewege noch durch Steuern beschafft werden können. Was getan werden kann, solle geschehen. Bei der Abstimmung wird der Abänderungsantrag Gen-

ter (Z.), in dem Antrag Weimer (Soz.) „ausreichend“ zu liegen „soweit als möglich“ gegen die Stimmen der Soz. und des Komm. angenommen. Der so abgeänderte Antrag Weimer wird angenommen mit 12 Ja gegen 3 Nein (BB., 2 Enthaltungen (1 BB., 1 Komm.).

Unter Ablehnung eines Antrags Winkler, Bauer: den bisherigen Staatsbeitrag angemessen zu erhöhen, gelangt zur Annahme der Antrag des Berichterstatters Kühle (Z.), die Eingabe der Gemeinde Koblitz bei M. Nagold bei. Uebernahme von Verpflegungskosten auf die Stadtkasse für einen Leprakranken dem Staatsministerium zur Erwürdigung zu übergeben. Die Eingabe der Gemeinde Schrozberg um Zuteilung zum Finanzamtsbezirk Crailsheim wird nach dem Antrag des Berichterstatters Kühle (Z.) der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Eingabe der Deutschen Seidenbauzentrale e. G. m. b. H. Sindelfingen um einen Staatszuschuß löste eine Debatte aus über die Frage einer Subventionierung und die Aussichten eines Seidenbaus in Deutschland. Der Antrag des Berichterstatters Winkler (Soz.) auf Gewährung eines Staatsdarlehens von 10 000 Mk. wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt; die Ueberweisung als „Material“ einstimmig angenommen. Zur Eingabe des Bauunternehmers C. Brenner-Goldschöbe betr. Nachzahlung für eine von ihm ausgeführte Bauarbeit für die Stadtgemeinde Lauchheim erklärt der Regierungsvertreter die Bereitwilligkeit, neue Verhandlungen einzuleiten, um eine Einigung zu versuchen. Damit wird die Eingabe für erledigt erklärt.

Die Eingabe der Württembergischen Siedler in Pöfthen (Meklenburg) um Auszahlung des in Aussicht gestellten staatlichen Darlehens zeigt das Gefährliche gewisser Vermittlungsgestalten, die nicht einwandfrei arbeiteten. Von der Regierung wird erklärt, daß die Auszahlungen erfolgen, sowie die Voraussetzungen einer Antragstellung vorliegen. Verschiedene Eingaben betreffen sich mit Fragen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge. Sie werden nach dem Bericht des Abg. Weimer (Soz.) der Regierung als Material überwiesen.

Württemberg

Die Postabfindung

Württemberg soll etwa 70 Millionen bekommen

Im Landtag ist kürzlich davon die Rede gewesen, daß die württ. Staatsfinanzen in den nächsten Jahren eine Stärkung erfahren würden durch die in Aussicht stehende Postabfindung des Reichs an die Länder Bayern und Württemberg. Die „Schwab. Tagwacht“ erfährt jetzt darüber: Die Abfindung soll bezahlt werden von der Reichspost. Sie soll betragen für Bayern 133,35, für Württemberg 69,86 Millionen. Auf die Bayern zu zahlende Abfindung werden verrechnet 52 Millionen, die das Reich bereits in den Jahren 1930 und 1931 vorstufweise an Bayern gezahlt hat. Am 15. März und am 15. April 1932 zahlt die Reichspost je 5,775 Millionen an Bayern und darauf in 22 Jahren, letztmals für 1954, eine Jahresrente von 4,33 Millionen, die jeweils zu Beginn des Kalenderjahrs fällig ist. Auf die Summe von 69,86 Millionen, die Württemberg erhalten soll, werden verrechnet fünf Millionen, die Württemberg dem Reich als Darlehen schuldet, drei Millionen, die die Reichspost 1925, vier Millionen, die das Reich 1926 und eine Million, die das Reich am 13. Januar 1932 gezahlt hat. Am 2. Jan. 1933 zahlt die Reichspost weitere drei Millionen und von da ab auf 21 Jahre, letztmals 1954, eine Jahresrente von vier Millionen an Württemberg, die jeweils am 2. Jan. fällig wird. Die bereits gezahlten oder noch schuldigen Zahlungen werden mit 4,5 Proz. verzinst. Diese vorläufig von der Reichsregierung mit den beiden Ländern getroffenen Vereinbarungen unterliegen nun der Beschlussfassung des Verwaltungsrats der Reichspost.

Wieder umfangreiche Devisenchiebungen

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Nachdem es der Zollfahndungsstelle in Stuttgart bereits wiederholt gelungen war, Zuwiderhandlungen gegen die



Ursula Drenck

Geschichte einer Liebe von Paul Grabein
Copyright 1930 by Romandienst „Digo“ Berlin W 30.

Der Geheimrat nickte mit tiefem Ernst und erzählte weiter: Da wären die beiden anderen plötzlich ganz still geworden. Selbts hätten sie bezahlt und mit dem Herrn, der sich soweit wieder erholte und hartnäckig jede ärztliche Hilfe abgelehnt hatte, das Restaurant verlassen. Wohin, wisse der Wirt zwar nicht bestimmt; er glaube aber verstanden zu haben, daß die beiden anderen Herren den Kranken, der nun erst recht weiter wollte — so was tue ihm nichts, das habe er schon öfter gehabt — nach Hause hätten begleiten wollen.

Einen Augenblick stand Ursula wie niedergeschmettert. Also doch zu spät — vergebens ihrer aller Bemühen! Dann aber fuhr sie auf: Nach Haus! Daß sie Gewißheit bekäme, und wäre es auch die schlimmste!

So eilten die drei in dunkler Nacht heimwärts — wortlos legten sie den langen Weg zurück. Es war schon nach eins, als sie oben im Sanatorium anlangten.

Nun waren sie vor Drencks Zimmer angelangt. In stillschweigender Vereinbarung blieben Fräulein Zindler und der Geheimrat draußen auf dem Korridor, um mit teilnahmsvoller Spannung Ursulas Nachricht abzuwarten, wie es dort drinnen stünde. Aber kaum war sie hinter der Tür verschwunden, da gelte ein entsetzlicher Angstschrei an ihr Ohr und machte ihre Herzen erzittern. Im nächsten Augenblick wurde die Tür wieder aufgerissen und Ursula stand vor ihnen, tödliches Entsetzen in den Zügen:

„Den Arzt! — Den Arzt!“

Sie wollte noch mehr rufen, aber die Stimme versagte ihr, sie wankte, und der Geheimrat mußte hinzuspringen, um sie vor dem Sturz zu schützen. Ein Blick, den er zugleich ins Innere des offenen Zimmers sandte, zeigte ihm Drencks regungslosen Körper auf der Chaiselongue hinten am Fenster. Ein Schauer überlief ihn.

„Kommen Sie — nicht hier herein!“ Schnell sprach er es zu Fräulein Zindler, die hilflos von der anderen Seite Ursulas schwer in seinen Armen hängende Gestalt stützte. „Wir wollen sie ins Nebenzimmer schaffen.“

So geschah es. Ursula wurde in ihrem Zimmer niedergelegt, und Fräulein Zindler blieb dort zu ihrem Beistand, während der Geheimrat zum Zimmer des Arztes hinuntereilte.

Wigand war noch auf; die Erlebnisse des heutigen Tages hatten keinen Schlaf zu ihm kommen lassen. Von seinen Gedanken gequält, schritt er ruhelos in dem Gemach auf und nieder. Wohl stand das eine fest für ihn, unwiderruflich: Ursula stand fortan über seinem Begehren! Aber er fühlte, es ging über seine Kraft, tagtäglich ihren Anblick zu ertragen. Er durfte sie nicht mehr sehen. Und wenn sie nicht ging — wohlan, so mußte er es! Aber wenn es auch geschah, würde er wirklich Ruhe haben — wirklich Ruhe? Würde nicht immer ihr Leidensbild ihm vorwurfsvoll vor der Seele stehen?

Da klopfte es plötzlich an Wigands Tür. Rasch öffnete er: Der Geheimrat!

„Herr Doktor“ — atemlos vom Eilen stieß er die Worte hervor — „schnell zu Drenck! Ich fürchte allerdings, Sie kommen zu spät!“

„Was? Tot?“

erregener Vorrede aufzudecken, ist sie in sechser Zeit erneut sehr umfangreichen unerlaubten Devisenchiebungen auf die Spur gekommen. Insbesondere handelt es sich um zwei bedeutende Fälle. Hauptbeteiligter ist bei dem einen Fall ein Stuttgarter Rechtsanwalt. Als die Zollfahndungsstelle sich für seine unerlaubten Geld- und Effektenchiebungen zu interessieren begann, hat er es vorgezogen, sich in einem Sanatorium im Ausland in Sicherheit zu bringen. Der Schaden, den das Reich durch diese im Interesse der deutschen Finanzwirtschaft außerordentlich zu bedauernde und mit schwersten Strafen bedrohte Handlungsweise erlitten hat, läßt sich noch nicht abschätzen.

Im zweiten Fall handelt es sich um einen in Nürnberg geborenen Zahnarzt, der von der Zollfahndungsstelle am Donnerstag festgenommen wurde, weil er am 1. März d. J. 30 000 RM. ohne Erlaubnis der Devisenstelle nach der Schweiz gebracht hatte; das Geld hatte er allem Anschein nach zwischen den Stiefelsohlen versteckt. Am Freitag hatte er wiederum für 30 000 RM. Effekten bei einer hiesigen Bank verkauft. Er war mit einem vollständigen Schutzmacherhandwerkzeug ausgerüstet.

Sachdienliche Anzeigen über Vergehen gegen die Devisenvorschriften nehmen nicht nur sämtliche Polizeibehörden und Landjägerstationen entgegen, sondern auch die Zollfahndungsstelle in Stuttgart, Lindenstraße 41.

Nach der „Tagwacht“ handelt es sich um den Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Schwarzkopf. Es soll sich um beträchtliche Beträge handeln, denn es wird die Summe von 500 000 bis 700 000 Mark genannt. Die Verchiebungen erfolgten in die Schweiz. Dr. Schwarzkopf hält sich auch zur Zeit in Zürich auf, und es heißt, daß er nicht die Absicht habe, zurückzukommen, es sei denn, daß ihm freies Geleit zugesichert wird, was aber nach Lage der Sache ausgeschlossen erscheint.

Stuttgart, 6. März.

Zur Reichspräsidentenwahl. Die Landesführung des Jungbauernbunds empfiehlt ihren Mitgliedern, beim ersten Wahlgang dem Kandidaten der nationalen Opposition, dem Stobhelmführer Däflerberg, ihre Stimme zu geben.

Landesversammlung der Sozialdemokraten. Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs hat beschlossen, die Landesversammlung am Palmsonntag, 20. März 1932, stattfinden zu lassen.

Stratosphärenforschung. Der Vorstand des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule in Stuttgart, Professor Regener, hat mit einem selbstregulierenden Instrument Stratosphärenforschungen unternommen, deren Ergebnis sehr befriedigend ist. Ein von ihm abgeblasener Ballon, der eine Höhe von 11 000 Meter erreichte, brachte das Ergebnis, daß die rohe Auswertung der Messplatte eine sechsfache Zunahme der Intensität der Ultrastrahlung zeigte.

Stuttgart, 6. März. Branntweinverbot an der Wahl. Der Reichsminister hat den Länderregierungen zur Erwägung gegeben, am 12. und 13. März den Ausschank von Branntwein zu verbieten, wie die preußische Regierung es bereits angeordnet hat. — Für Süddeutschland ist ein solches Verbot wohl gegenstandslos.

Wieder eine neue Partei. Ausgehend von Entschlie- fungen der Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen auf dem letzten Verbandstag in Hall wurde von einer Vertreterversammlung im Hindenburgbau in Stuttgart mit 162 gegen 18 Stimmen die Gründung einer neuen Partei „Berufsständischer Nationalbund“ beschlossen, deren Führung bis jetzt die Herren Abg. Flachnerobermeister Henne-Tübingen, Vorsitzender der Handwerkskammer Tübingen, und Malermeister Emil Rothmann-Stuttgart haben. Die neue Partei wird bereits bei den nächsten Landtagswahlen als geschlossene Gruppe auftreten. — Es scheint sich um eine Synthese von Demokratischer Partei und Wirtschaftspartei zu handeln.

Alta-Wahlen der Techn. Hochschule. Bei den Wahlen des Allgemeinen Studenten-Ausschusses der Technischen Hochschule haben 1541 Studierende gleich 79,7 v. H. der ganzen Studentenschaft abgestimmt. Gewählt wurden 20 Vertreter der Böllischen Wahlgemeinschaft (vorwiegend Nationalsozialisten), 7 Vertreter der Nationalen Arbeitsgemeinschaft, 4 Vertreter der Freistudenten und 2 Vertreter der katholischen Studenten. Die „Antifaschisten“ und die republikanischen Studenten gingen leer aus.

In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß das Kultministerium für den Sportplatzbau auf dem Weg des freiwilligen Arbeitsdienstes 150 000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Die Studentenhilfe will ihren Hausbau durchführen. Das Württ. Kultministerium hätte die Gebühren an der Hochschule von sich aus nicht erhöht, mußte sich aber den Beschlüssen der Länderkonferenz fügen. Das

Der Rittmeister nickte. Wigand erschrak. War es nicht, als ob seine Gedanken in die Ferne gewirkt hätten? Doch im nächsten Moment schüttelte Wigand dies Gefühl des Brauens ab: Ein Zufall, nichts weiter!

„Ich komme — sofort!“ Wigand rief es dem Geheimrat zu; nun dachte nur noch der Arzt in ihm. Mechanisch griff er nach allem nötigen, dann folgte er dem Boten an die Stätte des Unglücks.

Wigand war um Drenck beschäftigt. Er hatte dem regungslosen Körper die Brust entkledet, nun lauschte er mit angehaltenem Atem am Stethoskop, das er auf die Herzgegend gesetzt hatte. War da noch ein Funke bewegender Kraft in dem abgenutzten, schadhafte Mechanismus dieses Leibes?

Sekunden feierlich erstarrten, entscheidungsschweren Ausschens, mit geschlossenen Augen — ganz Ohr. Da plötzlich ein Geräusch von der Tür zum Nebenzimmer her, und herein trat Ursula, die Augen in entsetzlicher Frage in sein Antlitz bohrend. Wigand hob warnend die Hand, und still stand sie, wie erstarrt. Kein Laut in dem Raum.

Nun aber eine Bewegung Wigands, dichter noch preßte er sein Ohr an den Schalltrichter, noch einmal vergewisserte er sich — dann richtete er sich langsam auf.

Ursulas Blicke klammerten sich an ihn mit der letzten Hoffnung eines Ertrinkenden:

„Er lebt?“

„Noch lebt er — aber ich fürchte, es geht zu Ende.“

Ein Wanzen, abermals drohte die eben erst aus ihrer Ohnmacht Erwachte zusammenzubrechen; diesmal war es die Hand des Arztes, die sie stützte. Halb ohne Bewußtsein ließ sie es geschehen.

(Fortsetzung folgt.)

Spachhulladon soll beim ehemaligen Degerlöcher Geozierplatz errichtet und mit seinem Bau im Frühjahr begonnen werden. Der Plan stammt von Prof. Bonag. Man hofft, den Bau bis zum Herbst vollenden zu können. Die Studentenschaft will den Bau im freiw. Arbeitsdienst selbst ausführen. Das Hauptkampfbild umfaßt eine Größe von 90-170 Meter. Es soll zwei Spielfelder und eine 400-Meter-Laufbahn geben, außerdem sind 6 Tennisplätze und eine Turnhalle vorgesehen. Der freiwillige Arbeitsdienst hat bis zum 1. März d. J. 9500 Tagewerke geleistet.

Söderblom-Denkmal in Deutschland. Die im Hainstein-Unternehmen vereinigten Verbände haben in einer Tagung auf dem Hainstein (Thüringen) in Anwesenheit des Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Kappler, Berlin beschlossen, dem im Juli v. J. verstorbenen Ausschratsmitglied, Erzbischof D. Söderblom, Uppsala (Schweden) auf dem Hainstein ein Denkmal zu errichten. Die Weihe soll, wenn möglich, mit den Gustav-Adolf-Gedenkfestern im November in Büßen (Prov. Sachsen) stattfinden.

Aus dem Lande

Kornwestheim, 5. März. Stiftung für die Nothilfe. Der Ehrenbürger der Stadt Dr. Ernst Sigle, der Mitbegründer und technische Leiter der Salamanderwerke hat aus Anlaß seines 60. Geburtstags am 7. März der Stadtgemeinde für ihre Nothilfe den Betrag von 10 000 Mark übergeben.

Ludwigsburg, 5. März. Vom Rathaus. Der Gemeinderat hat die Errichtung von 24 vorstädtischen Kleinsiedlungen beschlossen. Nationalsozialisten und Kommunisten bezeichnen den Gedanken der Erwerbslosen-siedlung als völlig zwecklos und verfehlt. Die Aufwandsentschädigung für die Gemeinderatsmitglieder wurde um 25 Proz. herabgesetzt. Ein bürgerparteilicher Antrag, die Hundesteuer um 10 Prozent zu senken, fand Annahme, wurde jedoch vom Vorsitzenden aus finanziellen Gründen beanstandet.

Waiblingen, 6. März. Ehrenbürger. Der aus Bietigheim gebürtige Direktor Friedrich Schofer beging im 75. Lebensjahr mit seiner Ehefrau Maria geb. Knöringer, die im 72. Lebensjahr steht, das Fest der goldenen Hochzeit. Der Gemeinderat verlieh Direktor Schofer das Ehrenbürgerrecht der Stadt. Seit 1876 ist Direktor Schofer in der Aktienzweigelei tätig. Unter seiner Leitung stieg die Arbeiterzahl von Anfangs 80 später auf 500. Den gewaltigen Aufschwung verdanken die Schoferwerke einer Erfindung Schofers, die unter dem Namen „Schoferamin“ im In- und Ausland bekannt ist.

Stetten i. Remstal, 6. März. Diebstahl. Vormittags betrat hier ein 18jähriger Bursche, der aus Remlingen stammt. In einem Haus in der Kirchgasse entwendete er, als gerade niemand in der Stube war, einen Geldbeutel mit 47 Mark Inhalt und nahm nachher in aller Ruhe das ihm von der Hausfrau gespendete Körnerlein in Empfang. Der Verlust wurde jedoch bald bemerkt. Der Täter wurde dem Amtsgericht Waiblingen zugeführt.

Heilbronn, 5. März. Stahlhelmführer Seldte in Heilbronn. Der auf der Durchreise ins Rheinland befindliche Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seldte, hielt gestern nachmittag vor Heilbronner Wirtschaftsführern einen längeren Vortrag. Der Stahlhelm, so betonte er, habe weder die Kandidatur Hindenburg noch die Hitler's unterstützt, weil er seinen Freunden weder nach der einen noch nach der anderen Seite weh tun wolle. Er habe daher Duesterberg aufgestellt.

Stein am Kocher, 6. März. Fünfjähriger Lebensretter. Am Mittwoch brach ein achtjähriger Knabe im See des Wasserstoffes Prefteneid in das Eis. Während seine Schulfameraden davontiefen, um Hilfe zu holen, sprang der außerhalb des Sees spielende fünfjährige Pflege-sohn von Fr. Lehne mutig von Eischolle zu Eischolle und zog unter eigener Lebensgefahr den schon bereits versinkenden Knaben auf ein Floß.

Tübingen, 6. März. Ueber großer Andrang zum Studium. In Umlauf gebrachten Gerüchten, daß Angehörige anderer deutscher Länder an der Tübinger Universität im Sommersemester nicht zugelassen würden, tritt die Universität mit folgender Mitteilung entgegen. Nach wie vor wird jeder deutsche Student in Tübingen aufgenommen. Die Gerüchte sind darauf zurückzuführen, daß infolge des übergroßen Andrangs besonders zum Studium der Medizin in einigen Praktika und Übungen die Arbeitsplätze nicht mehr ausreichen. Die Beleger dieser überfüllten Übungen können nur in einer bestimmten Reihenfolge der Meldungen zugelassen werden. Studierenden, die einen Arbeitsplatz in einem Institut belegen wollen, wird dringend empfohlen, sich unverzüglich schriftlich an dieses Institut zu wenden. — Für Juristen ist wichtig, daß das für Preußen vorgeschriebene Zwischengedanken mit voller Wirkung für Preußen auch in Tübingen abgelegt werden kann.

Rottenburg, 6. März. Besserung im Befinden des Bischofs. Im Befinden des Bischofs Dr. Sprölli, der, wie berichtet, seit einiger Zeit an einer Blinddarmerkrankung erkrankt ist, ist eine solche Besserung erfolgt, daß er dieser Tage einen vierzehntägigen Erholungsurlaub antreten konnte. Der Bischof befindet sich augenblicklich im Marienhospital in Stuttgart, wo er durch einen Spezialisten eine weitere Behandlung erfahren wird.

Talflingen, 6. März. Zur Landtagswahl — Bettelunwesen. Bürgermeister Höfel von Talflingen ist neben Wirtschaftsminister Dr. Maier für den Bezirk Balingen als zweiter Kandidat für die Landtagswahl aufgestellt worden. — In Bausen a. E. sieht sich der Gemeinderat infolge des zu stark überhandnehmenden Bettels gezwungen, Gulscheine einzuführen.

Göppingen, 5. März. Vom Zug überfahren. In der Nacht zum Samstag gegen 11 Uhr wurde im Bahnhof Faurndau der 63 J. a. Glashnermeister Hofmann aus Faurndau von einem aus Stuttgart kommenden Personenzug, der in Faurndau nicht hält, überfahren. Hofmann war sofort tot. Der Getötete war um 9 Uhr abends aus Richtung Ebersbach gekommen und soll sich in betrunkenem Zustand auf dem Bahntörper herumgetrieben haben.

Großheilingen, 6. März. Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für ausgeheuete Erwerbslose. Nachdem die Gemeinde Groß-Heilingen erst vor wenigen Wochen ein freiwilliges Arbeitsdienstlager schuf und dadurch einer größeren Zahl junger Erwerbsloser durch die Krumm-Korrektion eine kleine Verdienstmöglichkeit gab, ist sie nun noch dazu übergegangen, auch den ausgeheuerten Erwerbslosen ein Betätigungsfeld zu

geben. Es wurden umfangreiche Entwässerungsarbeiten im östlichen Teil der „Strut“ in Angriff genommen. Für spätere Zeit sind die gleichen Arbeiten auch für den westlichen Teil vorgesehen, so daß damit gerechnet werden kann, daß die Beschäftigten voraussichtlich für längere Zeit untergebracht sind.

Geislingen, 6. März. Opferstockmarder. In der katholischen Kirche von Geislingen und Altenstadt sind an einem Tag fünf Opferstöcke ausgeplündert worden. Nach dem unbekanntem Täter, der mit allerlei Brechwerkzeugen arbeitete, wird gefahndet.

Leutkirch, 6. März. Zur Landtagswahl. Bei der Delegiertenversammlung der Zentrumspartei des Bezirks Leutkirch wurde der bisherige Bezirksabgeordnete Landwirt König in Houbach, Mitglied der Landwirtschaftskammer, zum Kandidaten des Bezirks Leutkirch gewählt.

Hall, 6. März. Landtagskandidat. Der Württ. Bauern- und Weingärtnerbund hat den Abg. Nuscher (Crailsheim) als Landtagskandidat für den Bezirk Hall aufgestellt.

Sonndelinger Oll. Urag, 6. März. Die Mordtat. Der Untersuchungsgang. Zu dem Sonndelinger Mordfall wird noch berichtet, daß der der Mordtat verdächtige Wilhelm Herzog, der ins Stuttgarter Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde, bis jetzt jegliche Mordtat leugnet. Was er zugibt, ist nur, daß ihm sein Freund Weiß, der Selbstmord begangen hat, gestanden habe, den Mord begangen zu haben. Die Leiche des verstorbenen Weiß, die von der Polizei beschlagnahmt und sezirt wurde, weist mehrere Wunden auf. Es wurden zwei Dolchstiche an der linken Hand unweit des Daumengelenks und zwei Schußwunden am linken Oberarm festgestellt. Die Schußwunden können nur so entstanden sein, daß in dem Kampf, der zwischen dem ermordeten Bahnhofsvorsteher und den Verbrechern stattgefunden hat, der Ueberfallene den Revolveranschlag abwehrte, so daß die Kugel den Angreifer selbst traf. Die Leiche des Weiß zeigt übrigens auch an der Stirn und an den Knien erhebliche Schürf- und Schlagwunden auf. Wilhelm Weiß, der den Selbstmord am Mittwoch vormittag verübte, hat zuvor seiner Frau ein Geständnis über die Beteiligung an der Mordtat abgelegt. Er hat seiner Frau ausdrücklich versichert, daß er nicht der Mörder des Weiß sei; wohl sei er bei dem Ueberfall beteiligt gewesen, jedoch hätte er die Ermordung nicht ausgeführt. Soweit hat Weiß seine Frau über den Vorgang aufgeklärt und sie gebeten, falls wir uns nicht mehr leben sollten, so auszulagen.

Leitnang, 6. März. Vorkottierte Zwangsversteigerung. In Ruffenried (Gemeinde Neukirch) sollte dem Landwirt Jgel für rückständige (Kirchen-)Steuern in Höhe von 13 Mark das schönste, zweijährige Kind aus dem Stall versteigert werden. Es hatten sich hierzu wohl 20 Neugierige eingefunden, aber es gab niemand ein Gebot ob, so daß die Zwangsversteigerung ergebnislos verfiel und der Bauer das Vieh wieder in den Stall treiben konnte. Die Unkosten aber waren höher, als die Forderung, denn der Gerichtsvollzieher war mit dem Viehauto erschienen.

Aus Bayern, 6. März. Ein Gerichtsvollzieher der Pech hat. Ein Vollstreckungsbeamter in Burghausen kam auf seinem Dienstgange in eine Wirtschaft in Feichten, wo er seine Aktenstühle in das leere Nebenzimmer der Gastwirtschaft legte. Als er zu Abend gegessen hatte und noch eine Arbeit erledigen wollte, war zu seiner Bestürzung die Aktenstühle mit Inhalt verschwunden. Verschiedene bevorstehende Pfändungen und Beitreibungen mußten, weil die Akten verloren gegangen sind, unterbleiben.

Heggingen, 6. März. Opfer der Zeit. Bei der Heimkehr von einer Beerdigung fand der frühere Schuhfabrikant Peter Dieringer seine 63jährige Gattin, mit der er kurz zuvor in bestem Einvernehmen alle Vorbereitungen zum Umzug aus ihrem Haus in der Firtgasse nach dem Altersheim getroffen hatte, tot in einem Liegestuhl in der Küche, wo sie infolge Deffnens des Gashahmens aus dem Leben geschieden war. Die einst mit Glücksgütern gesegnete Frau aus der Brauerei zur „Sonne“ in Gausel-fingen hat die schwere wirtschaftliche Lage nicht überwinden können.

Lokales.

Wildbad, den 7. März 1932.

Generalversammlung des Krieger- und Militärvereins. Die gestern im „Schwarzwalddorf“ stattgefundene Generalversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Auch waren mehrere Mitglieder der Kleinfahrer-Schützenabteilung hiezu erschienen, was der 1. Vorsitzende Karl Pfau in seinen Begrüßungsworten besonders vermerkt. Herzlich begrüßte er außerdem die erkrankten Ehrenmitglieder Herrn Oberstleutnant von Breuning, sowie die Kameraden B. Hieber und G. Gutbub und spricht den leider durch Krankheit am Kommen verhinderten übrigen Ehrenmitgliedern den Wunsch auf baldige Genesung aus. Sein Bedenken galt ferner den während und nach dem Weltkrieg und den im verfloffenen Jahr mit Tod abgegangenen Mitgliedern, zu deren ehrendem Andenken sich die Anwesenden von ihren Sitzen erheben. Daran anschließend erstattet der 1. Vorsitzende den Geschäftsbericht, dem wir entnehmen, daß im abgelaufenen Vereinsjahr 5 Ausschüßführungen stattfanden, die sich hauptsächlich mit dem Fortbestand des Vereins, sowie mit der Sterbekasse beschäftigten, deren Verhandlungen jedoch noch nicht abgeschlossen seien. Es sei jedoch zu erwarten, daß eine Lösung gefunden werde. Der Geschäftsführende Vorsitzende Fritz Klotz macht hiezu nähere Angaben, und erstattet Bericht über die Tätigkeit der K.-K.-Schützenabteilung, deren Kameradschaft vorbildlich sei. Wenn man heute, wie beabsichtigt war, die K.-K.-Schützen noch nicht als ordentliche Mitglieder aufnehmen könne, so scheidere das an der Beitragshöhe, aber auch hier sei eine Lösung möglich. Vorstand Pfau dankt hierauf dem 2. Vorsitzenden für seine Ausführungen und sagt, daß Kamerad Klotz als Vorstand der K.-K.-Abteilung an der richtigen Stelle stehe. Er dankt ferner dem Kameraden Dickschiff und Nestler für ihre Verdienste um die K.-K.-Abteilung, für die sie so manches Opfer bringen. Es folgt nun die Protokollverlesung durch Kamerad W. Schill, dem der Vorsitzende für seinen Fleiß herzlich dankt und Entlastung erteilt. Kamerad Karl Schlüter bittet um Auskunft, wie die vorgesehene Sterbegeldversicherung gedacht sei und erhält von Kamerad Klotz die Auskunft, daß selbst das letzte Mitglied in den Genuss des Sterbegeldes kommen müsse. Kam. Stephan drückt den Wunsch aus, daß die K.-K.-Mitglieder bald in den Verein als ordentliche Mitglieder aufgenommen werden. Den Kassenbericht erstattet nun der stellvertretende Kassier R. Kiezing. Wenn auch ein kleines Vermögen zu ver-

zeichnen ist, so machen sich doch die rückständigen Mitgliedsbeiträge von ca. 360 Mark sehr fühlbar und richtet Vorstand Klotz einen Appell an die Mitglieder ihre rückständigen Beiträge zu bezahlen, denn wenn die Verpflichtungen dem Verein gegenüber nicht erfüllt werden, könne auch der Verein seine Pflichten den Mitgliedern gegenüber nicht erfüllen. Während der Kassenprüfung nimmt Vorstand Pfau einige Ehrungen an verdiente Mitglieder vor und überreicht unter herzlichen Worten dem Kameraden Wilhelm Treiber, Badiener für 50jährige Zugehörigkeit zum Verein unter Ernennung zum Ehrenmitglied den Ehrenschild zum Bundesabzeichen. Des weiteren an die Kameraden Josef Wegel, Karl Sauer, Wilhelm Schill und Karl Eisele den Ehrenschild für 25jährige Mitgliedschaft, ferner durch Vermittlung des Koffhäuferbundes an Karl Pfau, Fritz Seiffert, Martin Schlegel und Wily Schmid die Kriegsdentmünze. Inzwischen war die Kassenprüfung beendet und konnte dem stellvert. Kassier Entlastung erteilt werden. Auf Vorschlag des 1. Vorsitzenden wurde hierauf Kob. Kiezing per Applaus zum Kassier gewählt. Kamerad Fritzche spricht nun der Vereinsleitung namens der Verammlung den herzlichen Dank aus und hofft, daß die beiden Vorstände noch recht lange die Geschäfte des Vereins leiten mögen. Der 2. Vorsitzende Fritz Klotz konnte im Anschluß daran an 12 Kameraden der K.-K.-Abteilung folgende Auszeichnungen verleihen: Fritz Krauß mit 131 Ringen und Hans Herch mit 130 R. je die bronzene Ehrennadel des Koffhäuferbundes; an Heinrich Gehweiler mit 135 R. und Rud. Kasper mit 123 R. je die bronzene Ehrennadel; an Jakob Messerle mit 142 R. die gold. Ehrennadel des Koffhäuferbundes; an Wily Kauffmann mit 136 R. und Paul Mayerbacher mit 142 R. je die silberne Medaille; an Wily Eitel mit 144 R. die gold. Medaille; an Jakob Messerle mit 145 R. und Hammer mit 156 R., Viktor Nestler mit 160 R. und A. Dickschiff mit 162 R. je die große silberne Medaille. In der Hoffnung, daß uns das neue Geschäftsjahr von dem Druck der vergangenen Jahre, der so ungeheuer schwer auf dem deutschen Volk lastet befreit schließt Vorstand Pfau die arbeitsreiche Versammlung mit dem Ruf: Es lebe der Kriegerverein und der Württ. Kriegerbund! — Um 8 Uhr konnte der Vorsitzende die inzwischen teils mit ihren Frauen wieder eingetroffenen Kameraden bei einem Kameradschaftsabend mit Lichtbildervortrag und Musikdarbietungen der Kapelle des Musikvereins herzlich begrüßen. In einer Reihe von Lichtbildern aus der Westfront von 1914—1918, die Kamerad Blumenhals vorführte und zu denen die Kameraden Fritz Klotz und W. Fahrbach die Erläuterungen gaben, wurden die Geschehnisse des Weltkrieges veranschaulicht. Ergreifende Bilder von dem schweren Ringen der deutschen Brüder wurden zum Erlebnis und brachten den Zuschauern zur Erkenntnis, wie viel die deutschen Soldaten zum Schutze der Heimat geleistet haben. Wohlthuend empfand man als Abwechslung die Musikstücke der Kapelle, um den tiefen Eindrücken, die die Bilder bei den Anwesenden hinterließen, nicht zu erliegen. Und als gar nach Beendigung der Lichtbildserie Kamerad Fahrbach und Karl Treiber mit humoristischen Gedichten die letzten Beklemmungen vollends verschluckten, war wieder Stimmung unter den Kameraden, die bis zur zwölften Stunde anhält, so daß man sich trennen konnte in dem Bewußtsein, einen wirklich eindrucksvollen Kameradschaftsabend erlebt zu haben.

Gesellenprüfungen. Vor dem Prüfungsausschuß in Pforzheim im Reggergewerbe hat Wilhelm Treiber, Sohn des Karl Treiber, Ziegelei, beim Reggermeister Aug. Straub in Pforzheim die Prüfung mit Erfolg bestanden. — Vor der Prüfungskommission in Wildbad bestand Ernst Haag, Sohn des Karl Haag z. Grünen Baum in Nonnenmühl, bei Ehrenobermeister Karl Krauß die Prüfung im Reggergewerbe ebenfalls mit Erfolg.

Calmbach, 7. März. (Bürgermeisterwahl). Bei der gestern stattgefundenen Bürgermeisterwahl erhielt Ratschreiber Schweizer 993, Gemeindepfleger Heß von Birkenfeld 641 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 91%.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Dienstag, 8. März:

8.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gmnasial. 7.10: Wetterbericht. 10.00: Konzert. 11.00—11.15: Nachrichten, Zeitangabe. 12.00: Wetterbericht, Schmebericht. 12.05: Funkwerbungsfongert. 12.55: Schallplattenkonzert. 13.30: Zeitangabe, Nachrichten, Programmänderungen, Wetterbericht, Schallplattenkonzert. 14.30—15.00: Englischer Sprachunterricht für Fortgeschrittene. 16.40: Büchereifunde. 16.50: Frauenstunde. „Gitarrensaiten und Schale“. 17.00: Pianoschlusssender. 18.30: Zeitangabe, Landwirtschaftsnachrichten. 18.40: Fortgang: Karlele, Konzert, Tusch. 11. 19.00: Vortrag: Die Gründung der Jugend. 19.30: Zeitangabe, Wetterbericht. 19.35: Vortrag: Musikalische Grundbegriffe. Ihr Wesen und ihre Bedeutung. 20.05: Ansset des Stuttgarter Erbeergesangsvereins. 21.30: Konzert. 22.10: Verbrecher und Gesellschaft (kriminalpolitisches Geselch). 22.35: Zeitangabe, Programmänderungen, Wetterbericht, Hochzeiten, Tanzmusik.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die glücklichen Gewinner des Großen Loses. Das große Los mit 500 000 Mark, das am Freitag in der preußisch-lüdeutschen Klassenlotterie gezogen worden ist, ist, wie bekannt, in einer Abteilung nach Oberschlesien gefallen. Die Gewinner sind sämtliche Arbeiter, Angestellte und kleine Kaufleute aus Beuthen und Umgegend. Wie die „Ober-schlesische Zeitung“ mitteilt, mußte einer der Spieler kürzlich sein Los abgeben, weil er abgebaut worden war und den Betrag für die Erneuerung nicht mehr ausbringen konnte.

Große Wechselschwünge. Der frühere Prokurist Dr. Saal der Rheinischen Bauernbank in Köln, die im Oktober v. J. die Zahlungen einstellen mußte, hat, wie nun bekannt wird, mehrere Personen zu Wechselschwünge in Höhe von 250 000 Mark angestiftet. Er war schon vor zwei Jahren fristlos entlassen worden. Nun hat die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet. Saal wurde verhaftet.

Die Lokomotive eines D-Zugs entgleist. Die Lokomotive des D-Zugs 124 ist am Samstag vormittag gegen 9 Uhr zwischen den Stationen Deutsch-Wilfa und Reutlich (Schlesien) gegen einen Güterzugwagen, bei dem ein Achsenbruch erfolgt war und der sich quergestellt hatte, gefahren und infolge dessen entgleist. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Sportnachrichten vom Sonntag

Die wichtigsten Spiele nahmen folgenden Ausgang:

Eänderspiel: Deutschland — Schweiz 2:0 (1:0)
Abteilung Südost (süddeutsche Meisterchaft):
VfB. Stuttgart — FC. Nürnberg 2:2 (1:0)
1860 München — Karlsruher FV. 1:2 (1:1)



Handel und Verkehr

Die Marktlage

Im Butterhandel ist in der abgelaufenen Woche auf allen Auslandsmärkten ein Rückschlag eingetreten, der allerdings in schon in der Vorwoche eingeleitet hatte. Die englische Jollifranke ist jetzt da; Frankreich und die Schweiz haben auch die Einfuhr stark gedrosselt. Die billigeren Auslandsangebote richten sich daher wieder verhältnismäßig nach dem deutschen Markt. Kempten notierte denn auch am 2. März um je 10 Mark niedriger als am 24. Februar, und zwar 120 und 108 Mark gegen 130 und 118 Mark in der Vorwoche. Der Preisrückgang wäre zweifellos noch stärker gewesen, wenn der noch größere Preisrückgang auf den Auslandsmärkten für den deutschen Markt nicht dadurch abgeschwächt worden wäre, daß seit 1. März die Einfuhr durch bestimmte Monatskontingente geregelt und dadurch einer plötzlichen Marktlückenschließung vom Ausland her vorgebeugt wird. Deshalb kann auch angenommen werden, daß sich in der Folgezeit die Preise bei uns besser behaupten; die Lage auf den Auslandsmärkten muß aber als äußerst unsicher angesehen werden.

Im Käsegeschäft war für einzelne Sorten eine freundlichere Stimmung festzustellen. Vimburger hat sich im Preis weiter befestigt; die Vorräte sind bescheiden, die Nachfrage der Schmelzwerke wachsend. Die Kemptener Notierung konnte daher von 18 auf 18 bzw. 19-21 Mark für grüne Ware erhöht werden, nachdem Kaufbeuren mit dieser Erhöhung bereits vorgegangen war. Für reifere Ware liegen aber die Preise nicht unbeträchtlich höher. Bei Emmentaler ist aber das Geschäft unregelmäßig geblieben. Die Kemptener Preise blieben bei 30-35, 70-75 und 60-65 Mark.

Die gegenwärtige verhältnismäßig kühle Witterung hat das Ansteigen der Eierzeugung etwas verlangsamt. Es machte sich daher trotz des inzwischen verminderten Absatzes nach England so wohl auf den Auslandsmärkten wie im Inland eine leichte Befestigung bemerkbar. Das deutsche Frischfleisch, besonders in kleineren Sorten, fand im allgemeinen guten Absatz, zumal auch die Nachfrage reger geworden ist. Es ist sehr zu begrüßen, daß durch internationale Abmachungen nun ein Zwang für Herkunftsbekanntmachung der Eier eingeführt wird. Dadurch kann dem Unfug, daß alte Auslands Eier als inländische Frischfleisch ausgeboten werden, doch wohl etwas gesteuert werden — wenn die Vorschriften nicht irgendwie wieder umgangen werden.

Von den Schlachttiermärkten ist zu berichten, daß wegen der Konfirmationen der Bedarf an Kalbfleisch gemessen ist, so daß die Kälbermärkte eine allgemeinere Befestigung zeigten. Nur Mannheim und Stuttgart versahen Preisrücklässe. Auch die Rindermärkte waren bei etwas geringerem Auftrieb meist gut besetzt. Die Schweinemärkte waren besonders in Süd- und Mitteldeutschland abgedrückt, mit Ausnahme von Nürnberg; Stuttgart war am Donnerstag leicht erhöht. Im allgemeinen war das Geschäft flau.

Auf dem Obstmarkt erscheinen amerikanische Äpfel in größerer Menge; sie sind aber teuer, deutsche Äpfel finden daher noch guten Absatz. Apfelsinen sind stark angeboten, aber vielfach nicht in einwandfreier Ware. Auf den Gemüsemarkt drückt ein großes Auslandsangebot, obgleich der Bedarf leicht aus inländischer Erzeugung gedeckt werden könnte.

Der Hopfenmarkt war sehr ruhig; Zufuhren fanden überhaupt nicht statt und die Umsätze wurden aus den Kontraktwarenlagern bestritten. Amlich wurden folgende Preise notiert: Hallertauer prima 50-60, mittel 38-45, gering 30-35, Leitstanger 75 bis 80, 55-70, Spalter 55-70, 40-50, 28-35, Hersbruder Gebirgshopfen 40-50, 25-35, Badische 50-55, 35-45 Mt. d. Ztr.

Hopfenanbau und Ernteertrag 1931

Die Hopfenanbaufläche im Deutschen Reich im Jahr 1931 betrug laut Stat. Landesamt 13 249 Hektar gegen 13 074 Hektar im Jahr 1930 und 22 203 Hektar im Jahr 1913. Von der Hopfenfläche mit 10 249 Hektar entfallen auf: Bayern 8013 Hektar gleich 84 Proz., Württemberg 1286 Hektar gleich 12,6 Proz., Baden 331 Hektar gleich 3,2 Proz., übrige Gebiete 19 Hektar gleich 0,2 Proz. (Hohenjollern 13 Hektar, übriges Preußen 3 Hektar, Thüringen 3 Hektar). An der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche beträgt der Anteil der Hopfenpflanzungen im Deutschen Reich 0,035 Proz., in Bayern 0,19 Proz., in Württemberg 0,16 Proz., in Baden 0,04 Proz. Der Ernteertrag an Hopfen im Jahr 1931 betrug im Deutschen Reich 77 800 Dg., das sind 7,3 Dg. auf 1 Hektar gegen 5,9 Dg. im Durchschnitt 1926/30. Der Hektarertrag im Jahr 1931 betrug in Bayern 7,9, in Württemberg 5,9, in Baden 5,2 Dg. Teils wegen Krankheitsbefall und Mißernte, teils wegen ungünstiger Marktlage ist in allen Hopfengebieten ein nicht geringer Teil des Hopfenertrags ungenutzt geblieben. Zu der im Deutschen Reich im Jahr 1931 tatsächlich eingeernteten Hopfenmenge von 62 150 Dg. haben beigetragen: Bayern 54 442 Dg. gleich 87,6 Proz., Württemberg 6525 Dg. gleich 10,5 Proz., Baden 1086 Dg. gleich 1,8 Proz., die übrigen Gebiete (insbesondere Hohenjollern) 97 Dg. gleich 0,1 Prozent. Nimmt man (schätzungsweise) für das Hopfenerzeugnis des Jahres 1931 im Reichsdurchschnitt einen mittleren Preis von 120 RM. für 1 Dg. an, so erhält man für den eingeernteten Hopfenertrag von 62 150 Dg. einen Geldwert von 7 458 000 RM.

Ein unfeines Geschäft

Die Reichsbank hat die 43 Mill. Mark, die deren sofortige Rückzahlung für die Verlängerung ihres Diskontokredits zur Bedingung gemacht worden war, bereits am 3. März in Gold, wie ausdrücklich verlangt wurde, ausbezahlt. Bei dem Handel trat die ganze giftige Bosheit der Franzosen gegen Deutschland wieder hervor. Der Kredit war ursprünglich auf 1. Februar fällig und sollte um drei Monate verlängert werden. Da fiel es Frankreich ein, um in der Reparationsfrage einen Druck auszuüben, nur um einen Monat zu verlängern; nach langem Hieb es sich endlich herbei, in drei Monate einzustimmen (die anderen drei Monate machten die Verlängerung davon abhängig, daß auch Frankreich mitliefe), aber Deutschland mußte sofort ein Zehntel des Kredits, eben jene 43 Mill. Goldmark, zurückzahlen, die nun an der Deckung der deutschen Reichsbanknoten fehlen. Außerdem wird der übrige Kredit von 387 Mill. Goldmark nun schon auf 4. Juni fällig, während die Reparationskonferenz erst Ende Juni zusammentritt, so daß also Frankreich hiedurch ein wirksames Druckmittel für die Konferenz vorbehalten hat. Und was bedeutet die rund 10 Mill. Mark für die Bank von Frankreich, die mehr als 12 Milliarden Mark im Keller hat, für die Bank von England, die ihre 2,6 Milliarden Diskontokredite schon fast ganz zurückgezahlt hat, für die Neugarter Notenbank, der eben ein Betrag von 4 Milliarden Mark aus ihrem Goldbestand von der Notenbank freigegeben worden ist, und für die Bank für internationalen Zahlungsausgleich, die sich ihren Namen damit sehr nicht verdient? Die wochenlangen Verhandlungen um die Rückzahlung und Verlängerung und ihr „Erfolg“ sind keine Ruhmesstaten der „Zusammenarbeit“.

Nachdem die Reichsbank wiederum 43 Mill. Mt. Gold erleichtert worden ist, wird wohl auch die erwartete Herabsetzung des Reichsbankdiskonts wieder etwas verzögert werden.

Stand der wichtigsten Tierleichen in Württemberg

Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamts vom 28. Februar 1932 der Milzbrand in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Gehöft, die Maul- und Klauenseuche in 7 Oberämtern mit 7 Gemeinden und 24 Gehöften, die Maul- und Klauenseuche in 4 Oberämtern mit 8 Gemeinden und 17 Gehöften verbreitet. Ferner trat auf die Kopfschlagkrankheit der Pferde in 10 Oberämtern mit 20 Gemeinden und 22 Gehöften, sowie die ansteckende Blutarum der Pferde in 26 Oberämtern mit 73 Gemeinden und 8 Gehöften.

Berliner Pfundkurs, 5. März. 14,77 G., 14,81 B.
Berliner Dollarkurs, 5. März. 4,209 G., 4,217 B.
Reichsbankdiskont 7, Lombard 8 v. H.
Privatdiskont 6,625 v. H. kurz und lang
Wirt. Silberpreis, 5. März. Grundpreis 45,20 RM. d. Ag.

Die Münzprägung im Februar umfaßte 68,2 (Januar 56,8) Mill. Mark Silbermünzen, davon 58,9 Mill. Mark Fünfmückstücke und 9,2 Millionen Dreimarstücke. Der Gesamtbetrag der bis Ende Februar 1932 ausgeprägten Scheidemünzen stellt sich auf fast 1500 Millionen Mark.

Die Großhandelsmehlmahl vom 2. März ist mit 99,8 gegenüber der Vorwoche um 0,3 v. H. zurückgegangen.

Die deutsche Spielwarenausfuhr einschließlich Christbaumschmuck ist im Jahr 1931 auf 366 000 Dgr. im Wert von 81,5 Mill. RM. gesunken gegen 431 000 Dgr. und 105,9 Mill. Mt. in 1930 und 463 000 Dgr. und 120,9 Mill. Mt. in 1929. Die Ausfuhrprognosen für 1932 sind ungünstig, da in den letzten Monaten fast alle europäischen Länder einschneidende Maßnahmen zur Einfuhrdrosselung getroffen haben.

Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Frankreich. In 7627 französischen Gemeinden mit einer Bevölkerung von 12 1/2 Millionen Einwohnern betrug am 27. Februar die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen 293 198. 1931 wurden nur 40 766 unterrichtete Erwerbslose gezählt.

1,5 Mill. Kraftfahrzeuge Ende 1931. Ende 1931 wurden im Deutschen Reich 1 507 129 Kraftfahrzeuge gezählt, darunter 522 943 Personentransportwagen, 161 072 Lastkraftwagen und 792 075 Kraftfahrräder. Der Bestand hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 87 259 Fahrzeuge oder 6,1 Prozent erhöht. Im Durchschnitt entfällt ein Kraftfahrzeug auf je 40 Einwohner.

Neue Entlassungen in Oberschlesien. Noch in diesem Monat bzw. im Lauf des nächsten Monats sollen in Ost-Oberschlesien 10 Gruppen, auf denen 13 500 Bergleute beschäftigt sind, stillgelegt werden. Inzwischen sind weitere Anträge auf Verminderung der Belegschaften eingegangen.

Einstägiger Generalkonflikt der privaten Arbeitnehmer in Polen. Der Hauptausschuß der polnischen Gewerkschaftsbünde hat zum Protest gegen die von der Regierung beabsichtigte Form des Sozialversicherungswesens für den 16. März einen eintägigen Generalkonflikt aller privaten Arbeitnehmer und Angestellten im ganzen Lande ausgerufen.

Stuttgarter Börse, 5. März. Die heutige Börse war etwas lebhafter. Der Rentenmarkt war weiter fest bei starker Nachfrage. Am Aktienmarkt waren die Umsätze sehr klein. Gehandelt wurden Kolb u. Schüle Aktien (+ 1), Südd. Baumwollspinnerei Aktien. Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 5. März. Weizen markt. 24,40-24,60; Roggen 19,30-19,50; Braugerste 18,50-19,25; Futter- und Industrieergerste 17,40-17,90; Hafer 15,20-15,60; Weizenmehl 31,25 bis 34,75; Roggenmehl 27-27,90; Weizenkleie 10-10,50; Roggenkleie 9,85-10,25.

Der durchschnittliche Roggenpreis an der Berliner Börse betrug in der Woche vom 15. bis 20. Februar 1932 19,88 Mark je Doppelzentner ab märkischer Station.

Berliner Metallmarkt, 5. März. Elektrolytkupfer prompt cif Nordseehäfen 58,75.

Bremen, 5. März. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 8,35.

Märkte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 5. März. Edeläpfel 16-22; Tafeläpfel 8-15; Kartoffeln 4-5; Kopfsalat 20-30; Wirsing (Rohfleisch) 8-15; Weißkraut, rund 6-7; Rotkraut 6-8; Rosenkohl 23-25; Grünkohl 10-12; Rote Rüben 7-8; Gelbe Rüben 5-6; Karotten, runde 20-25; Zwiebel 12-13; Gurken, große 1 Stück 100-140; Rettiche 5-8; Monatsrettiche 12-15; Sellerie 6-20; Schwarzwurzel 25-30; Spinat 25-35. Württ. Markenbutter 1,45 (27. Febr.: 1,55); Teebutter 1. Güte 1,40 (1,47), Teebutter 2. Güte 1,37 (1,45) # d. Pfund. Deutsche Frischfleisch (roter Stempel) 10 (27. Febr.: 10), Landvieh 9 (8), Rittelleier 7 (6,5) # d. St.

Das Wetter

Eine bei Island aufgetretene starke Depression kommt gegen den östlichen, die Wetterlage in Süddeutschland noch beeinflussenden Hochdruck vorerst nicht zur Geltung. Für Dienstag ist deshalb Fortsetzung des mäßig kalten Wetters zu erwarten.

Letzte Nachrichten.

Hindenburg zu den polnischen Drohungen.

Berlin, 6. März. Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen hat der Reichsregierung folgende vom Provinzialausschuß der Provinz Ostpreußen in seiner Sitzung vom 19. Februar gefasste Entschliessung mitgeteilt:

„Bei einer Feier polnischer Studenten in Danzig am 2. Februar haben Vertreter polnischer Zivil- und Militärbehörden Reden gehalten, die unverhüllte Drohungen gegen Danzig und Ostpreußen enthielten und einen militärischen Überfall in nahe Aussicht stellten. Unter anderem hat der Vertreter des kommandierenden Generals in Thorn erklärt, daß er eher nach Königsberg in Uniform, als zum zweiten Male nach Danzig in Zivil kommen werde. Infolge dieser unerhörten in so herausfordernder Schärfe noch nie gewagten Drohungen und unter dem Eindruck der jüngsten Vorgänge in Memel ist die Stimmung in der Provinz Ostpreußen außerordentlich gespannt. Der Provinzialausschuß hält es für seine Pflicht, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung hierauf zu lenken und zu fordern, daß alle nur denkbaren Maßnahmen zum Schutze des bedrohten Ostens getroffen werden. Die Reichsregierung kann sich darauf verlassen, daß die Ostmärkte eingedenk ihrer Pflichten die Heimat bis zum äußersten verteidigen werden.“

Der Reichspräsident hat hierauf an den Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen nachstehende Antwort gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Herr Reichskanzler hat mir die Entschliessung des Provinzialausschusses der Provinz Ostpreußen vom 19. Februar vorgelegt. Die Sorgen des deutschen Ostens sind auch die meinen. Niemals kann es das deutsche Volk dulden, daß ihm weitere Stücke seines Vaterlandes entrispen werden. Ihr Gelöbnis, die Heimat bis zum äußersten verteidigen zu wollen, erwidere ich mit dem Versprechen, daß ich den deutschen Ostland in ihrem Kampf gegen jede nur mögliche Drohung mit allen Kräften beistehe und im Verein mit der Reichsregierung und dem deutschen Volke alle Maßnahmen zu ihrer Sicherung treffen werde.“

Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg.“

China gegen die japanischen Bedingungen.

Schanghai, 6. März. Seit dem Erlaß des japanischen Befehls, die Feindseligkeiten einzustellen, haben neue Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den beiden Parteien nicht stattgefunden. Die Chinesen weigern sich nach wie vor, an solchen Verhandlungen teilzunehmen, bevor die Japaner nicht ihre Bedingungen in grundlegender Weise ändern. Die chinesische Regierung weist darauf hin, daß die Annahme der Forderung durch Schaffung einer entmilitarisierten Zone oder einer Erweiterung der internationalen Niederlassung bei der gegenwärtigen Stimmung im chinesischen Volke nichts anderes als Revolution bedeuten würde. Auch die Behauptung, daß zurzeit ein Waffenstillstand bestehe wird von der chinesischen Regierung als unrichtig bezeichnet. Es wird betont, daß auf der ganzen Front dauernd Kämpfe stattfinden.

Auch am Samstag fanden große chinesische Kundgebungen in den Straßen Schanghais statt. Die Bevölkerung befindet sich in großer Erregung. Immer wieder werden Gerüchte von neuen Siegen verbreitet. Aus allen Fenstern weht die Flagge der Nationalregierung. Die Haltung der Menge wurde zeitweise so bedrohlich gegenüber den Fremden und vor allem gegenüber den Japanern, daß mehrere Abteilungen neutraler Truppen einen Marsch durch die Straßen durchführte, um die Menge einzuschüchtern.

Lappo-Leute umzingelt.

Helsingfors, 6. März. Wie verlautet, sind die Regierestruppen am Samstagabend dazu übergegangen, die Aufständischen in Rantiala endgültig einzuschließen. Es wird damit gerechnet, daß die Regierestruppen zum Angriff übergehen werden. Vorher dürften die Regierung ein letztes Ultimatum an die Aufständischen richten.

Lohnverzinsung Siegle & Epple
bis 7,20 in Längs, 1 in Durchmesser, halbar und daher billiger als Streifen
Feuerbach, Bahnhof, Korbalt

Wildbad, 7. März 1932.
Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante
Friederike Krauß
geb. Bozenhardt
im Alter von nahezu 80 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.
Um stille Teilnahme bitten
Familie Wilh. Krauß
Familie Karl Lipp
Familie Gottlob Eitel.
Beerdigung Dienstag mittag 2 Uhr auf dem Waldfriedhof. (Sted 347.)

Beckerlinie Wildbad.
Der Gastkurs findet **nicht heute** sondern morgen Dienstag abend 7/8 Uhr statt.
Der Kursleiter.

Konfirmations-Geschenke!
Neueste **Damentaschen** zu enorm billigen Preisen
Geldbeutel, Aktenmappen, Brieftaschen
Große Auswahl in **Schmuck** etc.
R. Plannitzel, Wilhelmstraße 23

Tüchtiges Servierfräulein
mit guten Empfehlungen aus ersten Hotels von Kurorten,
sucht Saison-Stellung in Wildbad.
Anfragen beantwortet die Tagblatt-Geschäftsstelle, woselbst auch Zeugnisabschriften auflegen.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

FAHRRAD-SCHLAUCHE UND -MANTEL	Die Entwicklung der Verkaufspreise		
	Februar 1931	Novbr. 1931	März 1932
Fahrrad-Schlauch 111 grau oder rot	0,95	0,75	0,60
Fahrrad-Schlauch 333 extrapräma, grau, rot	1,45	0,85	0,75
Fahrrad-Mantel 111 grau oder rot	2,50	1,95	1,65
Fahrrad-Mantel 333 extrapräma, blau, rot	3,50	3,00	2,50

mit Verstärkung für Dynamoleuftrad
63 Insertenform geschliffen

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

Nichtraucher
in 3 Tagen. Auskunft kostenlos!
Sanitäts-Depot, Halle a. S. 176 D.

Wandpflug
Haus Bollmer.